

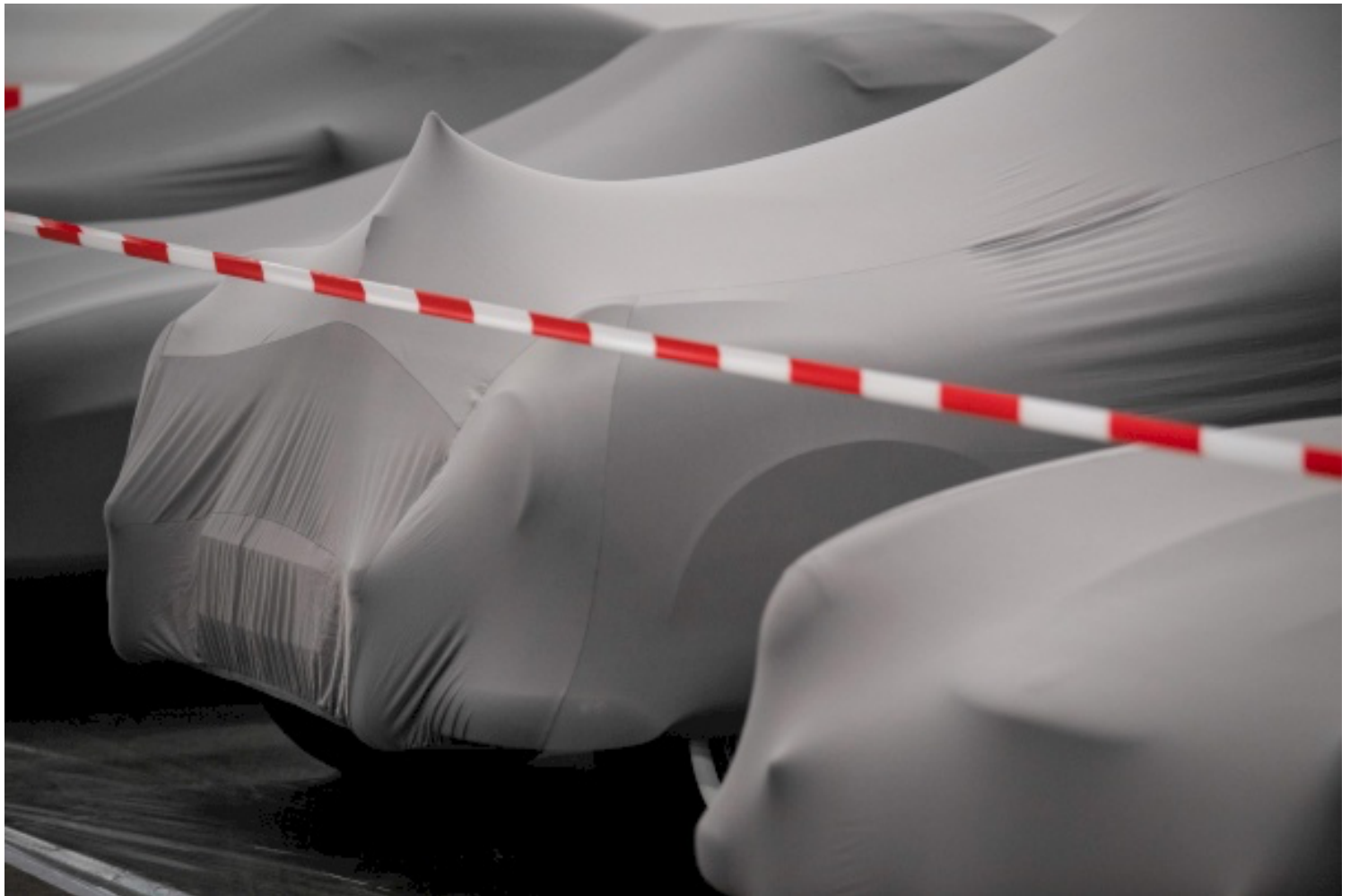
Nr. 38/2019 vom 19.09.2019

SYSTEMWECHSEL

# Gesellschaft ohne Wachstum

Eine ökologische Wende wird erst möglich, wenn wir andere Vorstellungen von einem guten Leben entwickeln. Durchsetzen lässt es sich nur dann, wenn man gleichzeitig die Machtverhältnisse in den kapitalistischen Gesellschaften angreift.

Von Raul Zelik



**Begrabt den immer verrückteren Statuskonsum: Fossil betriebene Fahrzeuge an der Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt, gegen die am Wochenende protestiert wurde.**

FOTO: BORIS ROESSLER, GETTY

Auf Facebook teilte ein Bekannter unlängst das Foto eines Zeitungsartikels. Das Erstaunliche daran war nicht der Inhalt, sondern das Datum. Der Artikel, in dem es hiess, die CO<sub>2</sub>-Emissionen müssten drastisch reduziert werden, stammte aus den späten achtziger Jahren. Damals lag der globale Kohlendioxidausstoss bei 22 Milliarden Tonnen jährlich. Seitdem hat sich der jährliche Ausstoss auf 37 Milliarden schon fast verdoppelt.

Kaum etwas empört AktivistInnen der «Fridays for Future»-Bewegung so sehr wie das «Versagen der Politik» in

der Klimafrage. Obwohl auf internationalen Konferenzen seit 1992 Beschlüsse gefasst werden, ist nichts passiert. Die Treibhausgasemissionen steigen weiter, der Kipppunkt, an dem sich der Klimawandel selbst verstärkt, rückt näher. Woran liegt es also, dass auf Ankündigungen keine entsprechende Politik folgt?

## Wettbewerbsvorteil Öl

Der mit Abstand grösste Teil der CO<sub>2</sub>-Emissionen entsteht beim Verbrennen fossiler Energieträger. Dass bei der Stromerzeugung, beim Heizen, im Verkehr und bei der Industrie weiterhin ungebremst fossile Brennstoffe verwendet werden, hat einen simplen Grund: Kohle, Öl und Erdgas haben nicht nur eine hohe Energiedichte, sie stehen auch «billig» zur Verfügung. Denn die Natur hat den Prozess der Energiespeicherung, bei der Sonnenenergie in Kohlenstoffe umgewandelt wird, vor Millionen von Jahren für uns erledigt.

Der Berliner Politikwissenschaftler Elmar Altvater, der sich seit den sechziger Jahren mit Umweltfragen beschäftigte und bis zu seinem Tod 2018 regelmässig für die WOZ schrieb, betonte immer wieder, dass sich die industrielle Moderne ohne fossile Energieträger nie herausgebildet hätte. Altvater sprach in diesem Sinne von einer «trinitarischen Kongruenz», also von drei sich überlagernden Entwicklungen: erstens der Herausbildung einer Rationalität, die die Natur als unerschöpflichen, auszubeutenden Rohstoff betrachtet; zweitens der Durchsetzung kapitalistischer Formen, durch die die Wertmehrung zum Mass aller Dinge wird; und drittens der Verfügbarkeit fossiler Brennstoffe.

Eine Veränderung der energetischen Grundlage, so Altvater, würde die gesamte Verbindung infrage stellen. Denn der Motor der Moderne sei die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die es erlaubt, dieselbe Menge an Gütern mit immer weniger Arbeit herzustellen. Diese Produktivitätssteigerungen beruhen darauf, dass Maschinen die menschliche Arbeit ersetzen. Hierfür braucht es Energie, die die Maschinen in Gang hält.

Tatsächlich war die Weltwirtschaft über Jahrtausende eher statisch. Die Zeit der hohen Wachstumsraten begann erst im 19. Jahrhundert, als Energieträger – zunächst vor allem Holz und Kohle – die Dampfmaschinen in Gang setzten.

Nun lassen sich mit Sonne und Wind heute auch Maschinen betreiben. Doch Altvater wurde nicht müde zu betonen, dass dies nicht ohne Folgen auf Wachstum und Gewinne bleiben werde. Fossile Energie sei nämlich «dichter als die biogenen, solaren Energien und (hat) in aller Regel einen höheren Energy Return on Energy Invested». Anders ausgedrückt: Das Verhältnis zwischen eingesetzter und gewonnener Energie ist bei fossilen Brennstoffen besser. Wer andere Energien einsetzt, hat einen Wettbewerbsnachteil. Würde insgesamt auf erneuerbare Energien umgestellt, ginge das Wachstum zurück.

Wenn im Kampf gegen die Erderwärmung seit Ende der achtziger Jahre nichts passiert ist, dann liegt das also daran, dass wir es nicht mit einer einfachen Umstellung der Energieproduktion, sondern mit einem Systemwechsel zu tun haben. Dieser würde auch die Produktions- und Lebensweise erfassen. Die Zeit der hohen Wachstumsraten wäre vorbei. Ein wichtiger Teil der Klimabewegung propagiert genau das: Ihre Parole lautet «System change, not climate change». Doch worin genau bestünde ein derartiger Systemwechsel?

## Postwachstum?!

Unter dem Begriff «Postwachstum» wird seit einem Jahrzehnt in den Sozial- und Umweltwissenschaften intensiv über die Zielrichtung eines Systemwechsels diskutiert. Im Buch «Degrowth/Postwachstum» zeichnen Matthias Schmelzer und Andrea Vetter nach, wie die Wachstumsgesellschaft heute aus unterschiedlichen Perspektiven infrage gestellt wird.

Die ökologische Kritik verweist vor allem auf die Begrenztheit natürlicher Ressourcen und Schadstoffsenken –

und auf die Unumkehrbarkeit energetischer Prozesse. Während der umweltpolitische Mainstream daraus den Schluss zieht, dass man den Kapitalismus «grün» reformieren müsse, betont die ökologische Wachstumskritik, dass technische Effizienzsteigerungen, der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft und der Aufbau von Recyclingkreisläufen die Grenzen des Wachstums zwar verschieben, nicht aber aufheben. Notwendig sei deshalb eine Gesellschaft ohne Wachstumsdynamik.

Eine sozioökonomische und kulturkritische Perspektive hält dies für wünschenswert, weil Wachstum ab einem bestimmten Punkt die Lebensqualität nicht mehr verbessere, sondern den Wohlstandszugewinn ins Gegenteil verkehre. In diese Richtung argumentiert beispielsweise der Soziologe Hartmut Rosa. Er betrachtet die Beschleunigung von Arbeit und Alltag als eines der grössten Hindernisse für ein «gutes Leben».

Die feministische Linie der Kritik stellt den Zusammenhang von Ökonomie und Geschlechterverhältnissen in den Vordergrund. Unserer Ökonomie liege eine Spaltung zwischen produktiver, «männlich» codierter Arbeit und einer zu kolonisierenden, «weiblichen» Natur zugrunde. Diese Aufspaltung erlaube nicht nur die Ausbeutung von Naturressourcen, sondern auch der weiblichen Sorge- und Pflegearbeit. Queere Feministinnen wie Christine Bauhardt oder Frederike Habermann vertreten in diesem Zusammenhang die Ansicht, dass die Auflösung der binären Geschlechterordnung – in der der ungebundene Homo oeconomicus auf Kosten der sorgenden, pflegenden Frau wirtschaftet – einen neuen ökonomischen Horizont eröffnen würde. Besondere Bedeutung messen sie dabei den Gemeingütern («commons») und der Care-Ethik bei.

Aus einer Nord-Süd-Perspektive schliesslich argumentieren etwa Ulrich Brand und Markus Wissen oder auch der Münchner Soziologe Stephan Lessenich, dass die Wachstumsökonomien auf imperialer Macht beruhen. Der Konsumgüterwohlstand des Globalen Nordens lebe von der Auslagerung von Kosten. Die ökologischen und sozialen Folgen von Rohstoffförderung, Niedriglohnproduktion und Vermüllung würden systematisch auf den Süden abgewälzt.

All diese Ansätze der Wachstumskritik verdeutlichen, dass es bei einem von einem Teil der Klimabewegung geforderten Systemwechsel längst nicht nur um den Umstieg auf erneuerbare Energien geht, sondern zunehmend auch um Produktionsweise, Lebenszuschnitt, Geschlechterrollen und Nord-Süd-Beziehungen. Dabei sucht man nach Schnittstellen, über die sich die unterschiedlichen Ansätze verbinden liessen. Unter dem Schlagwort «gutes Leben» propagiert man beispielsweise eine radikale Arbeitszeitverkürzung. Sie würde eine ökologische Wohlstandsperspektive jenseits der Konsumgüterfülle eröffnen, die feministische Umverteilung der Sorgearbeit erleichtern und wäre auch für gewerkschaftliche Kämpfe anschlussfähig.

## **Industrialismus oder Kapitalismus?**

Was ihre Ziele betrifft, haben die Ansätze der Wachstumskritik viele Gemeinsamkeiten. Konträrer sind hingegen die Vorstellungen, wie ein Systemwechsel durchgesetzt werden könnte. Die grosse Frage lautet dabei: Ist die Wachstumsgesellschaft eher das Produkt des Industrialismus oder die Folge kapitalistischer Eigentums- und Klassenverhältnisse?

Die wachstumskritische Bewegung betont die erste der beiden Erklärungen. Das ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Umweltbilanz sozialistischer Staaten desaströs war. Kritisiert werden deshalb in erster Linie das Entwicklungs- und Wachstumsparadigma, die technische Rationalität und die vorherrschenden Konsummuster der westlichen Moderne. Das bedeutet auch, das eigene Leben zu ändern: auf Flugreisen verzichten, gemeinwohlorientierte Sharingprojekte aufbauen, lokale Wirtschaftskreisläufe stärken und so weiter. Dieser Ansatz ist keineswegs bloss individualistisch. Der alternative Ökonom Niko Paech beispielsweise betont, dass es durchaus um gesellschaftliche Prozesse gehe, nämlich darum, «soziale Räume (zu) schaffen, in denen Avantgardisten und Vorreiter als Minderheit das Erfahrungswissen anhäufen, das dann später verallgemeinerbar und massentauglich werden könnte».

Das Problem an diesem Ansatz: Er lässt sich mit dem vorherrschenden Umweltdiskurs allzu leicht in Deckung bringen. Die Medien unternehmen grosse Anstrengungen, um die Aufmerksamkeit von den Konzernen weg auf den einzelnen Konsumenten zu lenken. Sie verschleiern damit, dass das Gros der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf das Konto einiger weniger Konzerne geht. Von den 870 Millionen Tonnen Treibhausgas, die in Deutschland 2018 produziert wurden, gingen allein 125 Millionen Tonnen auf das Konto des Energiekonzerns RWE, weitere 82 Millionen waren von Heidelberg Cement und 33 Millionen von der Lufthansa zu verantworten.

Wer in erster Linie auf die Experimente selbstorganisierter Gruppen setzt, verstellt den Blick darauf, dass die Emissionen schlagartig reduziert werden könnten, wenn man die Stromkonzerne zum Abschalten der Kohlekraftwerke zwingen oder die Kurzstreckenflüge verbieten würde. Diese ordnungspolitischen Massnahmen veränderten dann zwar auch die Lebensweise aller, wären im Unterschied zum Appell aber verbindlich.

Das wäre das Argument derjenigen, die die kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse für das Haupthindernis einer ökologischen Wende halten. Dass die notwendigen Klimaschutzmassnahmen nicht ergriffen werden, liegt zwar auch «am Wähler», in erster Linie aber an den Unternehmensinteressen. Ein Verbot von Kohlekraftwerken würde nämlich nicht nur RWE treffen, sondern vor allem auch die Stromkosten erhöhen und damit die Profitraten aller Konzerne beeinträchtigen.

Elmar Altvater wies zeit seines Lebens darauf hin, dass ökologische Probleme nicht zu verstehen sind, wenn man nicht gleichzeitig über die Entwicklungsgesetze im Kapitalismus nachdenkt. Die industrielle Moderne hat zweifellos viel mit Wissenssystemen und Diskursen, mit Lebenshaltungen und Denkweisen zu tun. Doch angetrieben wird sie von einem fatalen Mechanismus: Kapital will vermehrt werden, und wer das erfolgreich tut, steht in der Gesellschaft oben.

## **Zeit für Ökosozialismus?**

Es lässt sich nicht von der Hand weisen, dass beide Erklärungen etwas für sich haben. Eine ökologische Wende wird nur möglich sein, wenn wir andere Vorstellungen eines guten Lebens entwickeln. Doch durchsetzen lässt sich all dies nur, wenn man gleichzeitig die Machtverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft angeht. Jene Klasse, die heute oben ist, weil sie erfolgreich Kapital vermehrt, wird nicht freiwillig auf ihre Position verzichten.

Anders ausgedrückt: Eine sozialistische, auf Gemeineigentum beruhende Gesellschaft ist nicht per se «grün»; aber dennoch hat die ökologische Veränderung fast immer auch eine sozialistische Dimension. Öffentliche, kollektive Verkehrsmittel sind ungleich ökologischer als der «grüne» Umbau der Pkw-Flotte. Ein gutes Leben mit weniger Konsumgütern muss auf der Stärkung sozialer und kultureller Angebote beruhen. Den immer verrückteren Statuskonsum, der in der Ausbreitung von SUVs, Yachten und Privatjets sichtbar wird, bekämpft man am besten, indem man die soziale Gleichheit erhöht. Und auch die fatale Standortkonkurrenz zwischen den Nationalstaaten kann man nur durch mehr «Nord-Süd-Gerechtigkeit» und globale Standards stoppen.

Wer es ernst meint mit Klimaschutz und ökologischer Wende, braucht ein ökosozialistisches Projekt.

Raul Zelik war von Januar bis März 2019 Fellow des Forschungskollegs «Postwachstumsgesellschaften» an der Universität Jena.